



Lehrerinnen- und Lehrerverein  
Baselland

## DV/MV vom 23.9.09: Der LVB ruft den Notstand aus!

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen

Spätestens nach der Lektüre der heutigen Tagespresse haben Sie begriffen, dass der LVB ernst genommen wird, wenn er den Notstand ausruft. Er hat dies auch in dieser Absicht getan, dabei aber keineswegs an eine Kriegssituation gedacht, sondern vielmehr an Hochwasser, das droht, einen ganzen Stadtteil zu überfluten. Der LVB sieht in einem Notstand eine extreme Notlage, zu deren Behebung es ausserordentliche Massnahmen bräuchte. Werden diese von den Verantwortlichen falsch angegangen oder nicht innert nützlicher Frist bereit gestellt, bleibt den Betroffenen nur die Notwehr mit dem Ziehen der Notbremse. Und dafür ist in unserem Fall der letzte Termin.

In den 10 Punkten zum Bildungsraum im Inform haben wir schon Grundlagen für das Verständnis dieses Planungsnotstands geliefert. Seither sind noch neue Erkenntnisse dazu gekommen, die zu dem Umstand zusätzlich beitragen und die ich Ihnen in kurzen Worten sachlich erläutern will.

Der LVB ist auf verschiedenen Ebenen und in diversen Arbeitsgruppen zur Mitwirkung bei der Projektsteuerung der Reformen eingeladen und hat deshalb teilweise Einblick in die Projektierungsarbeiten. Gerade weil der Verband zur Mitarbeit aufgerufen ist, ist es uns ein wichtiges Anliegen, unsere Erkenntnisse öffentlich zu machen.

Aus unserer Sicht reicht die laufende Planungsarbeit zu HarmoS, Bildungsraum und Sonderpädagogik niemals aus, eine reibungslose Umsetzung der HarmoS-tauglichen Umstrukturierung auf sechs Primar- und 3 Sek I-Schuljahre und der integrierenden Sonderpädagogik zu gewährleisten. Dazu bräuchte es

- ein themenübergreifendes professionelles Projektierungskonzept mit klaren Berechnungen und Grundideen zur Umsetzungsstrategie
- Basisdokumente als Diskussions- und Entscheidungsgrundlage
- Klarheit über die Einsatzmöglichkeiten von Sek I Lehrpersonen auf 6. Primar und in den 3 Niveaus der Sekstufe I
- Bedarfsabklärungen bezüglich der erforderlichen Sonderpädagoginnen und Sonderpädagogen
- Vorschläge zu Besitzstandsregelungen und allfälligen Frühpensionierungsmodellen
- ein Problembewusstsein über den Übergang der Anstellungen vom Kanton an die Gemeinden
- eine festgelegte Ausbildung und ein definiertes Berufsbild der Primar-LPs
- die Terminierung der gleichzeitig erforderlichen Weiterbildungen für Fremdsprachen, Integration, Individualisierung etc.
- Beschlüsse zum Lehrplan 21, zu den Studentafeln, einheitlichen Lehrmittel und zu Lernen 21+
- Modelle zur Attraktivitätssteigerung der Lehrberufe zur Verhinderung des Lehrermangels, vor allem auf Sekstufe I mit nur noch drei Schuljahren
- einen ausgewiesenen Finanzbedarf und Finanzierungsmodelle

**Präsidentin** Bea Fünfschilling, Bruderholzrain 18, 4102 Binningen, T 061 421 49 16, F 061 421 03 49, M bea.fuenfschilling@lvb.ch

**Geschäftsführer, Vizepräsident** Christoph Straumann, Schulgasse 5, 4455 Zunzgen, T 061 973 97 07, F 061 973 97 08, M christoph.straumann@lvb.ch

**Aktuarial** Myrtha Michot, Brunnmattstrasse 5, 4053 Basel, T 061 361 93 02, F 061 361 93 02, M myrtha.michot@lvb.ch

**Beratung & Rechtshilfe** Heinz Bachmann, Madlenweg 7, 4402 Frenkendorf, T 061 903 96 08, F 061 903 96 08, M heinz.bachmann@lvb.ch

**Publikationen & Pädagogik** Doris Boscardin, Sonnenrain 8, 4103 Bottmingen, T 061 421 20 75, F 061 423 88 53, M doris.boscardin@lvb.ch



All dies existiert nicht. Bereits jetzt ist nicht mehr zu erwarten, dass die Vorlage zu HarmoS und zum Bildungsraum NWCH, wenn sie wie vorgesehen schon im Dezember 09 an den LR gehen soll, diese Mängel auch nur im Ansatz beheben wird.

Und das sind die Standpunkte der Lehrpersonen:

- Lehrerinnen und Lehrer sind bereit, Veränderungen durch erhöhten Einsatz mitzutragen, wenn sie der Verbesserung der Schule dienen. Das haben sie in den letzten Jahrzehnten bewiesen und gute Schule gemacht.
- Lehrerinnen und Lehrer nehmen aber nicht hin, wenn Reformen nicht die Optimierung der Ausbildung der Schülerinnen und Schüler zum Ziel haben und die für ein Gelingen notwendigen Ressourcen nicht offengelegt und mit den politischen Beschlüssen bewilligt werden müssten.
- Lehrerinnen und Lehrer fühlen sich verpflichtet, Eltern und Schüler und Schülerinnen, aber auch die politischen Entscheidungsträger auf die absehbaren Missstände aufmerksam zu machen. Es muss öffentlich werden, dass die hochgesteckten Erwartungen in die Reformen auf diese Weise mit Sicherheit nicht erfüllt werden können.
- Lehrerinnen und Lehrer akzeptieren nicht, dass eine ganze Generation von Schülerinnen und Schülern durch eine unsolide Umsetzung der Reformen um eine optimale, ihnen zustehende Ausbildung gebracht wird.
- Lehrerinnen und Lehrer werden die Reformbemühungen solange nicht mittragen, bis eine professionelle Projektplanung und -steuerung funktioniert und eine Vorlage vorbereitet wird, die den Namen verdient.
- Ohne den guten Willen und den Einsatz der Lehrpersonen geht es aber nicht. Dessen müssten sich die Verantwortlichen bewusst sein.
- Lehrerinnen und Lehrer legen den Finger auf die wunden Punkte und wollen überzeugende Antworten.
- Und keinesfalls werden sich Lehrerinnen und Lehrer die Schuld an den vorprogrammierten Misserfolgen zuschieben lassen!

Als Illustration zeigen wir Ihnen im Folgenden exemplarisch anhand von drei für die aktuellen Entwicklungen typischen Beispiele den aus unserer Sicht bestehenden Notstand auf. Wird nicht schleunigst gehandelt, sind die Schülerinnen und Schüler genau so direkt betroffen wie die Lehrerinnen und Lehrer.

### **Da herrscht überall Planungsnotstand pur!**

**1. Die Umstrukturierung auf sechs Primar- und drei Sek I-Schuljahre** wird nach aktuellem Planungsstand die Ausbildung der Kinder auf Volksschulstufe abbauen und die Lehrberufe v.a. der Sekundarstufe I beschädigen und noch unattraktiver machen.

Einerseits soll zusätzlich zum geplanten Abbau von Deutsch und Mathematik aufgrund des Lehrplans 21 die Stundentafel der 6. Primarklasse nach unten angepasst, d.h. im Vergleich zur 1. Sek verringert werden. Ein Bildungsabbau für die Schülerinnen und Schüler wäre damit besiegelt. Das können und dürfen Lehrpersonen nicht akzeptieren.

Andererseits ist die Bearbeitung der arbeitsrechtlichen Konsequenzen für die Lehrpersonen derart vernachlässigt, dass bereits jetzt schwerste Nachteile für die Lehrerinnen und Lehrer abzusehen sind. Zudem ist über die Bildungsinhalte der Aus-, Fort- und Weiterbildung auf Primarschulstufe



noch nicht entschieden und die Problemstellung des riesigen, nicht gleichzeitig leistbaren Weiterbildungsbedarfs, der für ein Gelingen der neuen Projekte dringend nötig ist, nicht erkannt.

All diese Problematiken werden in der Vorlage bis im Dezember nicht offen gelegt werden können, da unter anderem die sozialpartnerschaftliche Konsensfindung noch nicht einmal über das allgemeine Austauschen von Ideen hinausgekommen ist.

**2.** Bereits die ersten teilautonomen **sonderpädagogischen Integrationsversuche** belegen, dass sich gravierende Belastungen der Unterrichtssituation ergeben.

Obwohl die gesetzlichen Grundlagen aufgrund von politischen Beschlüssen und brauchbare Konzepte noch fehlen, wird vielerorts schon freihändig und teilautonom integriert. Konflikte zwischen SL und Kollegien aber auch Gemeindevertretern sind die logische Konsequenz. Die grössten Leidtragenden sind dabei die Kinder. Der Blick in den Kanton Zürich, wo die definitive Umsetzung schon läuft, zeigt dies mehr als deutlich auf. Es kann keine Rede von einem erfolgreichen Projekt sein.

Das Konkordat Sonderpädagogik soll nicht mehr wie vorgesehen in der Vorlage zusammen mit HarmoS und Bildungsraum integriert werden – man beachte das Verb -, sondern dem LR später einmal unterbreitet werden. Dabei ist nicht einmal geplant, dem Parlament ein konkretes Konzept mit ausgewiesenem Ressourcenbedarf zu unterbreiten. Das ist in Anbetracht der schon laufenden schleichenden und chaotischen Umsetzung inakzeptabel, da sich die politische Bearbeitung und Beschlussfassung noch weiter nach hinten verzögern wird.

**3.** Der **Berufsauftrag** erfüllt die Funktion nicht, die Arbeitszeit der Lehrpersonen zu erfassen, zu erheben und auszuwerten, da er nicht konsequent durchgesetzt wird.

Wäre der Berufsauftrag ausgewertet, könnte endlich belegt werden, dass die festgesetzte Jahresarbeitszeit den LPs schon jetzt nicht ausreicht, den stetig steigenden Anforderungen zu genügen. Dabei böte ein solcher Nachweis die Grundlage für die dringenden Optimierungen der Anstellungsbedingungen. Kommen in naher Zukunft noch die Umstrukturierung, Frühfremdsprachen, Integration und Individualisierung dazu, um nur die wichtigsten zu nennen, droht das System zusammenzubrechen, sofern nicht neue Ressourcen wie Pflichtstundensenkungen beschlossen und/oder analoge Massnahmen ergriffen werden. Jetzt sind es noch Jekami-Projekte, schon bald aber mutieren sie zum Jemumi, dh. "Jeder muss mitmachen"- und zwar egal wie.

Das sind nur drei von vielen Beispielen. In Kurzversion nun noch ein paar andere desolante Baustellen, auf denen genauso Planungsnotstand herrscht:

Das **Berufsbild der Primarlehrpersonen** wird sich nach den Beschlüssen der EDK zu den Ausbildungsgängen grundlegend ändern. Wie und zu welchem Preis, ist noch unklar.

Die Lehrpersonen, die den **Unterricht an der 6. Primarklasse** zukünftig erteilen sollen, sind noch nicht bezeichnet. Vorgesehen sind aber offenbar vor allem Niveau-A Lehrpersonen. Das Problembewusstsein bezüglich der arbeitsrechtlichen Konsequenzen und diesbezüglichen Massnahmen ist nicht erkennbar.

Die kantonalen Ansprüche an den **Lehrplan 21** und zu **einheitlichen Lehrmitteln** differieren derart, dass ein Konsens nur möglich erscheint, wenn grösstenteils auf Verbindlichkeiten verzichtet wird.

**Portfolios** werden gerüchteweise in andern Kantonen schon wieder abgeschafft, weil sie nachweislich die Berufschancen der Jugendlichen, die sie nicht perfekt nachgeführt haben, eher schmälern als verbessern.



**Bildungsstandards, Vergleichstests und Abschlusszertifikate** sind vom LVB akzeptiert, stehen aber erst am Anfang der Verhandlungen.

**Arbeitsrechtliche Konsequenzen** und **Massnahmen** sind durch die Vernachlässigung der Planung nicht erkannt und der Wille, die für die Lehrpersonen dringlichen Massnahmen umzusetzen, nicht spürbar.

**Behindertengerechte Schulhäuser** und **angepasste Raumplanung** sind gar kein Thema.

Die **Mitarbeiterzufriedenheitsumfrage für die Lehrpersonen** lässt seit bald einem Jahr auf sich warten, dabei würde sie wichtige Daten für die Reformen liefern.

Einzig im **Frühfremdsprachenbereich** ist solide konzipiert worden, der hoch gejubelte Erfolg deswegen aber noch lange nicht garantiert. Erfahrungen aus andern Kantonen zeigen, dass ca. 1/3 der Kinder nach zwei Jahren bereits hoffnungslos überfordert und abgehängt ist.

Wenn da kein Notstand herrscht!

GL und KV schlagen Ihnen deshalb vor, ihrer Resolution zuzustimmen und die obersten Gremien des Verbands zu beauftragen, alles ihnen vernünftig Erscheinende zu tun, um eine verfrühte Umsetzung von Projekten und ungenügende und unaufrichtige Vorlagen zu verhindern.

## **Resolution zum Planungsnotstand**

**Lehrerinnen und Lehrer bieten Hand für Reformen, wenn für alle direkt Betroffenen Optimierungen zu erkennen sind und die für das Gelingen notwendigen Ressourcen offen gelegt und den Entscheidungsträgern beantragt werden.**

Die Vorlagen zu HarmoS, Bildungsraum und Sonderpädagogik werden akzeptiert, wenn sie sowohl den **Veränderungs- wie auch den Finanzierungsbedarf** korrekt ausweisen, den **pädagogischen und den Ausbildungs-Mehrwert** zugunsten der Schülerinnen und Schüler aufzeigen und die mit dem Sozialpartner abgestimmten **arbeitsrechtlichen Konsequenzen** für alle Lehrpersonen im Vollbild darstellen.

**1. Die LVB-Delegiertenversammlung fordert die BKSD-Leitung auf, allfällige Vorlagen erst dann ins Parlament zu bringen, wenn der Notstand in der Bildungsplanung behoben ist und gefällte Beschlüsse nicht zusätzlich zu einem Bildungsnotstand führen.**

**2. Die LVB-Delegiertenversammlung fordert die BKSD-Leitung zudem auf, Reformen erst dann umzusetzen, wenn die betreffenden gesetzlichen Grundlagen und Konzepte geschaffen sind.**

Die Versammlung stimmte der Resolution nach vielen zustimmenden Voten ohne Gegenstimme und Enthaltungen zu.